



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlIG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FliG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FliG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FliG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FliG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlIG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlIG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlIG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzsnitzelheizung“

Interpellation FliG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlIG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- 07.01 Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit
- 07.02 Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass
- 07.03 Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung
- 07.04 Kanalisation Oberdorf; Baukredit
- 07.05 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort
- 07.06 Neue Vorstösse

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FlIG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FliG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.

Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

07. Sitzung

Dienstag, 1. September 2009, 17.00 bis 18.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Damann Bruno (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend Stadtrat 4 Mitglieder (5. Mitglied vakant)

Entschuldigt

Traktanden

- | | |
|-------|--|
| 07.01 | Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit |
| 07.02 | Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass |
| 07.03 | Leitsätze der Stadtentwicklung; Verabschiedung |
| 07.04 | Kanalisation Oberdorf; Baukredit |
| 07.05 | Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort |
| 07.06 | Neue Vorstösse |

07.01**Feuerwehrdepot Langfeld; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 11'250'000 bewilligt.*
2. *Die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung erfolgen.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Baukredit. Sie stellt indessen fest, dass die Honorare in der Höhe von CHF 600'000 für die bereits geleistete Phase 1 im Kreditbetrag enthalten sind. Für diese Honorare ist kein Kreditbeschluss mehr nötig; sie können vom Baukredit abgezogen werden. Weiter wünscht die parlamentarische Baukommission den Verzicht auf ein GU-Modell, weil mit dem erfahrenen Planer Niggli + Zbinden das Projekt auch im Modell Einzelleistungsträger durchgeführt werden kann. Die parlamentarische Baukommission stellt am 14. Juli 2009 folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Feuerwehrdepots Langfeld (mit Mantelnutzung) wird ein Netto-Baukredit (nach Abzug der Subvention) von CHF 10'650'000 bewilligt.*
2. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll auf ein GU-Modell verzichtet werden.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Fredy Mosberger (CVP) unterstützt die Anträge der Baukommission. Die Feuerwehr ist in den letzten 20 Jahren sehr viel professioneller geworden. Das heutige Depot platzt aus allen Nähten, eine neue Infrastruktur ist nötig. Die Gesamtkosten für das neue Projekt erscheinen auf den ersten Blick hoch. Die Zusammensetzung der Kosten muss dem Stimmbürger kommuniziert werden. Im Baukredit sind auch Räume enthalten, welcher nicht nur von der Feuerwehr genutzt werden.

Karl Bürki (SP) befürwortet das Projekt. Eine Holzschnitzelheizung im Verbund mit den Stadtwerken wäre eine lohnenswerte Investition, auch Panels auf dem Gebäude. Die Ausführung in Sichtbeton stört ihn etwas.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Baukredit ebenfalls. Die Feuerwehr Andwil wurde kürzlich integriert, zudem die Strassenrettung für Waldkirch. Die Fahrzeuge der Feuerwehr sind derzeit auf 4 Standorte verteilt. Das Anziehen der Einsatzrüstung erfolgt im heutigen Depot unmittelbar hinter den Fahrzeugen, und um das heutige Depot herum besteht kaum Platz. Der neue Standort Langfeld ist sehr gut gewählt. Der Neubau dient der Feuerwehr optimal und bietet zudem Raum für Mantelnutzungen. Die Kosten für die Feuerwehr betragen rund 8.5 Mio. abzüglich Subvention.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass auf dem Dach Panels vorgesehen sind. Die Bauherrschaft wird indessen bei den Stadtwerken liegen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.02**Teilzonenplan Bischofszellerstrasse / Städelistrasse; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Bischofszellerstrasse / Städelistrasse“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Detailldiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

07.03**Leitsätze der Stadtentwicklung 2009; Verabschiedung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. April 2009.

Die Vorberatende Kommission stellt mit Bericht vom 30. Juni 2009 inhaltlich einige Änderungsanträge. Der Stadtrat hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Es ergibt sich folgender Antrag:

Die Leitsätze der Stadtentwicklung werden gemäss Anträgen der Vorberatenden Kommission beschlossen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest den Bericht der Vorberatenden Kommission. Mit der Ablehnung der Alternativen Zentrumsquerung 2007 wurden einige Ziele der Leitsätze 2002 nicht mehr realisierbar, was eine Überarbeitung der Leitsätze nahelegte. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich besonders über die Gewichtung der nachhaltigen Energiepolitik. Weniger erfreulich sind die Ziele zum Verkehr. Die Belastung im Zentrum dürfte weiter zunehmen. Die Fraktion unterstützt die gestellten Anträge.

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst die durchdachte Vorlage. Der Verkehr bleibt ein wesentlicher Aspekt, nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt wurde. Die Leitsätze sind den veränderten Umständen anzupassen. Die vorgelegte Revision beinhaltet einschneidende Änderungen gegenüber der Version 2002. Neu fehlt ein Leitsatz zur Steuergünstigkeit. Die FDP wird sich weiter für tiefe Steuern einsetzen. Er beantragt Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es wichtig, dass sich die Stadt eine Richtung gibt. Die Leitsätze 2002 waren ambitiös und konnten nicht alle erreicht werden. Die neuen Leitsätze zeigen die Marschrichtung der künftigen Jahre und berücksichtigt die nötigen Kurswechsel. Der Stadtrat wird auch künftig jährlich rapportieren, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Detaildiskussion:

Zu Ziel 1.5

Claudia Martin (SVP) wünscht, dass die Erkenntnisse der vergangenen 7 Jahre berücksichtigt werden. Das Stadtbuskonzept wurde an der Volksabstimmung 2007 abgelehnt. Sie beantragt, im Leitsatz 1 das Ziel 1.5 den ersten Satz streichen („Die Quartiere sind mit dem öffentlichen Verkehr besser ans Stadtnetz angebunden“).

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass das Volk das Stadtbuskonzept abgelehnt hat, aber nicht zum Inhalt des Leitsatzes befragt wurde. Neu eingezonte Gebiete müssen heute mit Bus erschlossen werden. Es gibt Leute, die auf den Bus angewiesen sind. Die Mobilität wird weiter zunehmen.

Stefan Häseli (CVP) stellt fest, dass die Leitsätze die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abbildet. Eine Aussage, ob der öffentliche Verkehr künftig gefördert werden soll, gehört in die Leitsätze.

Stefan Schmid (SP) befürchtet, dass uns das Thema Verkehr einholen wird. Ein Mindestmass an öffentlichem Verkehr ist nötig.

Urs Brülisauer (SVP) möchte den Anfängen wehren. Das Volk hat die Buserschliessung in die Quartiere nicht gewollt. Auch wenn ein Bus wirtschaftlich nicht effizient verkehrt (Beispiel Oberdorf) ist er später kaum mehr wegzubringen.

Alex Brühwiler stellt fest, dass der 1. Satz nötig ist, wenn der 2. Satz noch Sinn machen soll. Wenn der öffentliche Verkehr nicht gefördert wird, wird Verbesserung des Mobilitätsmanagements behindert.

Claudia Martin (SVP) will nicht den öffentlichen Verkehr abschaffen. Ihr formuliertes Anliegen wurde in der VBK erfolglos eingebracht.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 1.5:

Der Antrag von Claudia Martin wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Ziel 5.1:

Felix Koller (FDP) findet, dass im Ziel 5.1 der Indikator „MINERGIE-P-ECO“ zu weit formuliert ist. Es sollten nur Indikatoren gewählt werden, welche tatsächlich eingehalten werden können. Der Indikator ist zu weit reichend, vor allem bei Umbauten wird er Kopfzerbrechen verursachen. Bei Neubauten ist der Standard sinnvoll. Es genügt der Minergiestandard, ohne P-ECO.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte das Ziel hoch gesteckt lassen. Es ist richtig, dass die bestehenden Schulhäuser den Minergiestandard P-ECO nie erreichen werden.

Stefan Schmid (SP) möchte die Messlatte nicht unerreichbar hoch setzen. Im Indikator sollen einerseits Liegenschaften mit Minergiestandard P-ECO aufgeführt werden, andererseits aber auch Liegenschaften mit dem „normalen“ Minergiestandard.

Peter Bernhardsgrütter möchte die Latte hoch setzen, das Ziel gilt vor allem für Neubauten.

Felix Koller (FDP) möchte einen erfüllbaren Indikator. In den nächsten 10 Jahren sind in Gossau wenige Neubauten vorgesehen, welche P-ECO erfüllen können.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) redet von einem Indikator, nicht von einem Ziel. Der Vorschlag von Stefan Schmid wird begrüsst.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt den Vorschlag von Stefan Schmid ebenfalls.

Beschluss des Stadtparlamentes zu Ziel 5.1:

Der Antrag von Felix Koller wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Stefan Schmid wird mehrheitlich zugestimmt.

Schlussabstimmung

Den Leitsätzen der Stadtentwicklung wird einstimmig zugestimmt.

07.04

Kanalisation Oberdorf; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2009 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Neubau Kanalisation Oberdorf, Teil Ost, wird ein Kredit von CHF 400'000 exkl. MWSt. gewährt.*
2. *Der Neubau wird durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement finanziert.*

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) fragt, ob Überlegungen zur Verlegung der St.Gallerstrasse im Oberdorf gemacht wurden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf bisherigen Studien. Terminlich bestehen keine Realisierungsabsichten für eine Strassenverlegung. In den nächsten Jahren ist kaum davon auszugehen, dass die St.Gallerstrasse im Oberdorf verlegt werden wird.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stellt fest, dass heute lediglich häusliche Abwasser versickert werden, keine landwirtschaftliche Jauchegruben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

07.05

Interpellation Stefan Schmid (SP) „Freibad / Hallenbad“; Antwort

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 1. Juli 2009.

Stefan Schmid (SP) dankt für die Antwort. Als die Fragen eingereicht wurden, war die Preiserhöhung gekoppelt mit einer verzögerten Saisonöffnung. Die Frage, ob das Freibad an schönen Tagen verlängerte Öffnungszeiten haben soll, bleibt auf dem Tisch.

07.06

Neue Vorstösse

Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung“

Interpellation FLiG-Fraktion „Anpassungen in der Markthalle“

Der Präsident



Bruno Damann

Der Stadtratsschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2009 genehmigt.

Im Anschluss an die Sitzung stellen Schüler des Gymnasiums Friedberg ihren Projektbericht „Sicherer nach Hause“ vor.